

Toni Dettling

alt National- und Ständerat
des Kantons Schwyz
www.toni-dettling.ch

Leserbrief im Bote der Urschweiz vom 23. März 2017

Bezirke und Gemeinden nicht bevormunden

Gegenwärtig ist wieder hohe Zeit der erfreulichen Rechnungsabschlüsse: Gemeinde für Gemeinde, Bezirk für Bezirk warten im Vergleich zum Voranschlag alljährlich mit zum Teil weit besseren Rechnungsergebnissen auf. Sind bei der Verabschiedung des Voranschlages noch tiefrote Finanzperspektiven angesagt, heitert sich der «Finanz-Himmel» bei der Rechnungsablage wieder auf. Mit Stolz und unter Schulterklopfen können die Säckelmeister im Soll-Ist-Vergleich regelmässig einen Erfolg vermelden. Ja selbst der in die Defensive geratene kantonale Finanzdirektor hat anstelle des prognostizierten Millionen-Defizites jüngst zum zweiten Mal in Folge einen zweistelligen Millionen-Einnahmenüberschuss aus dem Hut gezaubert.

In der Realität sind diese offiziellen Verlautbarungen nicht selten noch untertrieben: Häufig sind nämlich im Vergleich zum Budget namhafte Nachkredite zu Lasten des präsentierten Rechnungsergebnisses enthalten. Darüber hinaus dient gerade bei den Gemeinden und Bezirken die Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen zum intransparenten «Verschoppen» von überschüssigen Mitteln. So wurden etwa auf Bezirks- und Gemeindeebene in den letzten 15 Jahren insgesamt 224 Millionen Franken zusätzliche Abschreibungen getätigt. Rechnet man diese «stillen Reserven» beim ausgewiesenen Eigenkapital von rund 400 Millionen Franken auf, verfügen die Schwyzer Kommunen zusammen über einen Eigenkapitalbestand von weit mehr als einer halben Milliarde Franken. Dieses Polster nähert sich damit immer mehr dem Jahressteuerertrag der Bezirke und Gemeinden an, was den Vorhalt einer Steuererhebung auf Vorrat als nicht fern jeder Realität erscheinen lässt.

Zwar sind bessere Rechnungsabschlüsse per se nichts Schlechtes. Dennoch haftet dem hierzulande gepflegten «amtlichen Budget-Pessimismus» ein gewichtiger Nachteil an: Er verleitet in der Praxis zu einer unrealistischen, engstirnigen und selbstverliebten Finanz- und Steuerpolitik. Gemeinde- und Bezirksbehörden beharren gegenüber dem Kanton auf der Pflege des spriessenden Gärtleins. Andererseits steht der Kanton im Regen und vermag seine strukturellen Finanzprobleme nicht zu lösen. Statt ein Miteinander wird im Alltag öfter ein Gegeneinander praktiziert.

Leidtragender ist allemal der Bürger als Steuerzahler. In einem Beitrag zum Schwerpunktthema «Gemeindefinanzen» hat der Präsident des Gemeinde- und Bezirksverbandes kürzlich zu Recht angemahnt, dass die Bürger den politischen Behörden bei der Festlegung des Steuerfusses konsequent auf die Finger schauen sollten. Dies ist aber in der Praxis gerade deshalb nicht möglich, weil der Kanton den Bezirken und Gemeinden die Urnenabstimmung über Budget und Steuerfuss weiterhin verbieten will. Erst mit der fakultativen Einführung eines Finanz- und Steuerfussreferendums im neuen GOG käme endlich Bewegung in den festgefahrenen Budgetprozess – zum Nutzen des Ganzen, aber vor allem auch zum Nutzen der Steuerzahler.